Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : Versteifung im Kalten Krieg ; Brüchige Stellungen ; "Amerika am Scheideweg" ; Vom Sowjetsozialismus ; Chruschtschews Dilemma ; Titos Ketzereien ; Der Ausweg

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140271

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Versteifung im Kalten Krieg Die Fronten des Kalten Krieges haben sich in den letzten paar Wochen eher wieder versteift. Die Westmächte bleiben bei ihrer Weigerung, das sowjetische Beispiel nachzuahmen und ihre Kernwaffenversuche ebenfalls einzustellen. Die Vereinigten Staaten haben ihre neue Versuchsreihe bereits begonnen, und die Engländer brennen darauf, sich ihrerseits der Welt als Atommacht ersten Ranges vorzustellen. In Washington wird immer wieder erklärt, eine Einstellung der Versuche mit Kernwaffen sei nur möglich, wenn auch auf die Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke verzichtet und überhaupt der ganze Knäuel der Abrüstungsfragen einheitlich und gleichzeitig gelöst werde – was offenbar ein Unding ist. Amerika hat denn auch folgerichtig den sogenannten Rapacki-Plan nunmehr in aller Form abgelehnt, mit der Begründung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bloß in Mitteleuropa könne die Gefahr eines Atomkrieges ja doch nicht herabsetzen und lasse auch die Zweiteilung Deutschlands unberührt, ohne deren vorherige Beseitigung keine internationale Entspannung möglich sei. Man häuft so auf westmächtlicher Seite die Bedingungen für die Anhandnahme erster wirklicher Abrüstungsmaßnahmen derart, daß ihre Erfüllung fast unmöglich erscheint. Dies um so mehr, als die fortdauernde Stockung der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten bereits stärker ist als diejenige von 1948/49 (die durch den Koreakrieg überwunden wurde) und die weitere von 1953/54 (die dem Abbruch des Koreakrieges folgte), so daß in Ermangelung eines neuen rettenden Korea eben nichts anderes übrigbleibt als die Abwehr aller Abrüstungsgefahren, ja die Erteilung neuer Rüstungsaufträge an die von der Krise bedrohten Industrien.

Die Russen versuchten dieser Sachlage gegenüber wenigstens die Einstellung der amerikanischen «Bereitschaftsflüge» in Richtung Sowjetunion (über die Nordpolroute) zu erreichen, dieser Flüge, die von amerikanischer Seite vergeblich als völlig ungefährlich, aber doch als unbedingt notwendig bezeichnet werden, da immer wieder mit der Möglichkeit eines sowjetischen Luftflottenangriffes auf die Vereinigten Staaten gerechnet werden müsse. Die amerikanischen Militärführer stehen eben offenbar ganz unter der Hypnose einer drohenden neuen Pearl Harbor-Katastrophe, wie sie die Japaner am 7. Dezember 1941 als Einleitung ihres Angriffes auf die USA herbeiführten. Und wenn man die Berichte liest, die kürzlich gut ausgelesene ausländische Journalisten über die riesige Zentrale des amerikanischen Luftkriegskommandos in der Nähe von Omaha (im Staate Nebraska) veröffentlichten, so wird man, statt beruhigt zu sein, noch von einem viel unheimlicheren Gefühl der Unsicherheit beschlichen im Hinblick auf die nicht

kriegsverhindernden, sondern kriegsauslösenden Möglichkeiten, die in diesem Apparat und in der Geistesverfassung der ihn bedienenden Männer schlummern. Zur Beschwichtigung der sowjetischen Besorgnisse haben die Amerikaner dann zwar im Sicherheitsrat der UNO einen Plan entwickelt, wonach in der Arktis ein internationales Inspektionssystem zur Vermeidung aller Mißverständnisse errichtet werden solle. Aber die Russen lehnten den Vorschlag gleich ab, da er wohl weite Gebiete der Sowjetunion, aber nur kleine Flächen der Vereinigten Staaten einbeziehe. Nachträglich erklärten sie sich dann bereit, bei der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses mitzuwirken, der die technischen Einzelheiten einer Kontrolle über die Einstellung der Kernwaffenversuche prüfen solle, was vielleicht doch einen ganz kleinen Schritt nach vorwärts in der ganzen Abrüstungsfrage bedeutet – so bescheiden ist man allmählich geworden!

Inzwischen setzt Amerikas wichtigster Verbündeter auf dem europäischen Festland, die Deutsche Bundesrepublik, auf dem Weg über eine westeuropäische Bewaffnungsgemeinschaft planmäßig seine Aufrüstungsanstrengungen fort. In den nächsten drei Jahren sollen dafür rund 50 Milliarden DM aufgewendet werden, das heißt mehr als 1000 DM je Kopf der Bevölkerung. Der Unterhalt der Bundeswehr verschlingt jedes Jahr so viel Geld, daß damit 650 000 Einfamilienhäuser für gut drei Millionen Menschen gebaut werden könnten und die Wohnungsfrage in Westdeutschland binnen kurzem gelöst wäre. Von irgendeinem Willen, sich mit der Sowjetunion friedlich zu verständigen, ist indessen bei der Bonner Regierung nichts zu bemerken; alles wird auf die Karte der Gewaltandrohung gesetzt, so daß sich auch der jüngste Besuch des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Mikoyan in Bonn in der denkbar kühlsten Atmosphäre abspielte und der Moskauer Abgesandte nur noch deutlich zu machen hatte, «daß die deutsche Frage nicht mehr existiert, wenn sie die Deutschen nicht selber in die Hand nehmen», wie Hans Zehrer in der Hamburger «Welt» schrieb . . .

Was bei dieser ganzen Sachlage eine «Gipfelkonferenz» noch für einen Sinn haben soll, ist immer schwerer zu sagen. Vielfach wird jetzt im Westen denn auch behauptet, den Sowjets sei es mit einer solchen Konferenz überhaupt nicht ernst; sie wollten mit dem Konferenzvorschlag nur die Westmächte entzweien und bei den neutralen Völkern billige Propaganda machen. Das ist indessen doch recht unwahrscheinlich. Es ist vielmehr wohl doch so, wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1287) berichtet, daß die Sowjetregierung darauf ausgehe, an Stelle der Vereinten Nationen (die, wie bekannt, weithin nur ein Werkzeug der amerikanischen Politik geworden sind) «ein Gremium zu setzen, das auf dem Grundsatz der ‚Parität' aufgebaut ist, einem Grundsatz, den der Kreml mit dem ‚Gipfeltreffen' und der Vorbereitung dazu zu etablieren hofft». Im amerikanischen Staatsdepartement glaube man, daß

sich auch tatsächlich der Druck der Weltmeinung zugunsten einer Gipfelkonferenz verstärken werde, und man sehe «dem Augenblick mit Besorgnis entgegen, da die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten vor die Frage der sogenannten Parität der freien Welt und des chinesisch-sowjetischen Blockes gestellt werden».

Die amerikanische Diplomatie arbeitet natürlich diesem Streben mit allen Mitteln entgegen, und zwar, wie der gleiche Korrespondent (unter dem 9. Mai) glaubt feststellen zu können, mit Erfolg und im Einklang mit der ganzen NATO-Welt. Die Meinung sei weit verbreitet, «daß der Staatssekretär (Dulles) nun am Steuer der ‚Gipfeldiplomatie' sitze und daß es zu einem Treffen nur kommen werde, wenn es seiner Konzeption entspricht». Was aber diese Konzeption ist, weiß man ja. Mr. Dulles hält hartnäckig an der Überzeugung fest, die er vor zwei Jahren der amerikanischen Bundesversammlung vortrug, daß «das Sowjetsystem vor dem Bankerott stehe und im Begriff sei, zusammenzubrechen», wie auch, daß die chinesische Revolution «lediglich eine vorübergehende Erscheinung» sei. Mr. Dulles nimmt seine Prophezeiungen zwar kaum wörtlich, faßt sie vielmehr wohl ungefähr in dem Sinne auf wie Admiral Stump, der Befehlshaber der amerikanischen Marinestreitkräfte im Pazifik, der unlängst vor der außenpolitischen Kommission des Senats forderte, die Vereinigten Staaten müßten ihren Verbündeten weiterhin militärische und wirtschaftliche Hilfe leisten «bis zu dem Tag, da die Sowjets einer Volkserhebung im Innern zum Opfer fallen»; das sei Amerikas einzige Hoffnung. Diese Hoffnung könne jedoch erst in mindestens zehn Jahren in Erfüllung gehen und beruhe hauptsächlich auf dem sowjetischen Unterrichtssystem, dessen Produkte sich mehr und mehr «gegen jene Art Sklaverei, zu der sie gezwungen werden, erheben werden». (Meldung der Agence France Presse aus Washington vom 27. April.)

Brüchige Stellungen Die «einzige Hoffnung Amerikas» wird sich freilich je länger, je klarer als schwere Selbsttäuschung erweisen. Gewiß ist zu erwarten — ich habe das hier auch schon ausgesprochen –, daß die zunehmende Volksbildung in der Sowjetunion, zusammen mit der Hebung der ganzen Lebenshaltung, maßgebend zu einer politischen Liberalisierung und Demokratisierung beitragen wird, wie das auch in Westeuropa geschehen ist. Aber ein Zusammenbruch des Sowjetregimes, vollends ein solcher, der den Westmächten die Oberhand in der Welt verschaffen würde, als Folge der Entstehung einer freiheitlichen Idealen geöffneten Bildungsschicht – das ist einfach ein westlicher Wunschtraum, der sich nicht erfüllen wird. Was zum Scheitern und Versagen verurteilt ist, das ist vielmehr vor allem die westmächtlich-kapitalistische Methode des Kampfes gegen den Kommunismus. Sie beruht von vornherein, grundsätzlich und moralisch gesehen, auf dem Irrglauben an die Wirksamkeit der Gewalt als eines Mittels zur Besie-

gung einer Idee, die sich – aus sehr natürlichen Gründen – den unterentwickelten Völkern und Klassen als Wegweiser zu ihrer Befreiung und zu ihrem Aufstieg aufgedrängt hat. Sie versagt aber auch rein militärisch darum, weil es angesichts der rasenden Umwälzung der Kriegstechnik heute gar nicht mehr möglich ist, einen Machtblock von der Größe und Stärke des sowjetisch-chinesischen durch Druck von außen zum Zusammenbruch zu bringen, ohne daß sich der Gegenblock damit selber der Vernichtung aussetzt. Und die westmächtliche Methode erweist sich schließlich erst recht politisch als Fehlrechnung, insofern sie mehr und mehr zu einer offenkundigen inneren und äußeren Schwächung der Stellung der Westmächte und zu einer entsprechenden Stärkung des Weltkommunismus geführt hat.

Dr. Th. Michaltscheff stellt das in der Aprilausgabe des Pressedienstes der Internationale der Kriegsdienstgegner (deutscher Zweig) recht deutlich fest: «Wenn die Theorie von Dulles und Adenauer – daß nämlich der Bolschewismus auf Welteroberung ausgeht – stimmt, dann stimmt es auch, daß die westliche Verteidigungspolitik der Eroberungspolitik des Bolschewismus Vorschub leistet. Denn während der Westen Milliarden zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln aufwendet, hungern die Massen in Asien und Afrika und werden dadurch anfällig für die bolschewistische Gefahr. Wenn aber Afrika und Asien einmal bolschewistisch geworden sind, wird sich Europa gegen die bolschewistische Gefahr auf die Dauer kaum wirksam verteidigen können.»

Ähnlich schreibt der Engländer Reginald Reynolds (ich zitiere nach der «Friedensrundschau» vom Mai 1958): «Japan ist eine Zeitbombe, wenn mich nicht alles täuscht. Die Regierungen von Amerika und England gefallen sich in der Illusion, die Japaner in der Tasche zu haben, nur weil die japanische Regierung nicht den Mut aufbringt, ihnen entgegenzutreten. Nun, ich war nur zwei Monate in Japan, aber doch könnte ich ihnen einiges erzählen, was ihnen anscheinend noch unter dem Horizont liegt. Das ganze japanische Volk – einschließlich seiner Minister – ist empört über Atomwaffen und Versuche damit ... Schon viele Jahre hindurch ist dort ein Kampf gegen Atomwaffen und Atombombenversuche geführt worden, und Führer in diesem Kampfe sind Kommunisten ... Welch wundervolle Gelegenheit für die Kommunisten, und sie ist ihnen auf dem Präsentierteller dargereicht worden! ... Wenn der Kreml eine wirksame Fünfte Kolonne in Amerika und England hat, dann ist sie zu finden in den täppischen Dummköpfen in Washington und Whitehall (London) und ihren militärischen Beichtvätern.»

Stellen wir ein paar weitere Tatsachen aus den letzten Wochen nebeneinander. In Indonesien ist der stark antikommunistisch ausgerichtete Aufstand zusammengebrochen und der Einfluß des Kommunismus mächtig gewachsen. Indien ist, um das wenigste zu sagen, für die Westmächte endgültig verloren und wird mehr und

mehr den Weg Chinas zu gehen versucht sein; in Kerala, einem seiner südlichen Staaten, ist seit Monaten bereits eine, wenn auch sehr maßvoll auftretende kommunistische Regierung an der Macht. Vorderasien schließt sich mehr und mehr unter der Führung Nassers zusammen, der gerade jetzt, da ich schreibe, auf einer triumphalen Reise durch die Sowjetunion begriffen ist. Im Libanon droht eine heftige Oppositionsbewegung die zu den Westmächten haltende Regierung Chamoun zu stürzen, während in Griechenland bei den Kammerwahlen die Kommunisten, dank ihrem Widerstand gegen die atomare Bewaffnung der Armee, ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl verdoppeln konnten. In Nordafrika aber drängt – wie jüngst eine Konferenz in Tanger zeigte – alles auf die Vereinigung Marokkos, Algeriens und Tunesiens zu einem von Europa unabhängigen Staatenbund hin. Frankreich klammert sich zwar verzweifelt an sein algerisches Ausbeutungsobjekt, aber die Fortsetzung seines Kolonialkrieges (der, es muß immer wieder gesagt werden, viel blutiger und grausamer ist als die ganze sowjetische Unterdrückungsaktion in Ungarn) kann höchstens dazu führen, daß auch im Mutterland der offene Faschismus ans Ruder kommt, der in Algerien längst herrscht und wütet. Wie lange dabei die Amerikaner Frankreich noch finanziell und politisch unterstützen werden, dürfte sich bald zeigen; aber schließlich sind es ja sie selber gewesen, die nach Kriegsende mit ihrem massiven Eingreifen gegen die französische Linke die Lage geschaffen haben, die ihnen jetzt so schwer zu schaffen macht. Im übrigen sehen sie jetzt an dem üblen Empfang, den der USA-Vizepräsident Nixon auf seiner südamerikanischen Rundreise in verschiedenen Hauptstädten bekommen hat, daß auch in ihrem eigenen Erdteil die «Politik der Stärke» (und des Dollars) wachsendem Widerstand begegnet. Wo man auch hinschaut – überall brüchige Planken im Gerüste des antikommunistischen Gewaltsystems, das sich die angeblich freie Welt zurechtgezimmert hat, mit dem sie aber ihren Anspruch, die Sache der Freiheit, des Rechtes und der Menschlichkeit zu verfechten, immer zynischer Lügen straft.

„Amerika am Scheideweg" Der Raum fehlt mir, um die Bewegung zu würdigen, die sich, wie schon seit Monaten, so auch in der Berichtszeit unter den Völkern Westeuropas mit zunehmender Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges und besonders gegen die atomaren Rüstungen kehrt. Hingegen sei doch noch auf die gleichgerichtete Widerstandsbewegung aufmerksam gemacht, die sich mehr und mehr in den Vereinigten Staaten selbst abzeichnet. Edgar Snow, der wohlbekannte politische Journalist und Schriftsteller, widmet ihr im Aprilheft der Neuyorker «Monthly Review» eine ausführliche Darstellung, die man eigentlich in ihren Hauptstücken wörtlich wiedergeben sollte, aus der ich aber nur ein paar bezeichnende Sätze anführen kann. Auf

Grund sorgfältiger Beobachtungen und Umfragen kommt Snow zu dem Schluß, daß in den Vereinigten Staaten ein eigentliches Erwachen aus der Erstarrung der öffentlichen Meinung in den ihr «von oben», das heißt von den Interessenten und Trägern des Kalten Krieges, suggerierten Denkformen stattfindet. «Mein Eindruck ist», so schreibt er, «daß die verantwortliche Meinung in den Vereinigten Staaten zugunsten eines baldigen Ost–West-Gespräches über eine Lockerung der internationalen Spannung in den letzten Monaten bemerkenswert stärker geworden ist ... (Diese Strömung) wird sich in den nationalen Wahlen im kommenden November widerspiegeln. Sie kann auch ein Hauptthema des Präsidentschaftswahlkampfes von 1960 werden. Zum erstenmal seit vielen Jahren werden die Voraussetzungen, die der amerikanischen Außenpolitik zugrunde liegen, einer Neuprüfung unterzogen.» Gemeint ist vor allem die Annahme, daß die Sowjetunion auf die militärische Eroberung der Welt ausgehe und daß sich darum die westlichen Völker bis an die Zähne rüsten müßten, um diese Lebensgefahr abzuwehren. Vor allem in wissenschaftlichen und liberal-intellektuellen Kreisen werde diese Annahme immer kräftiger bestritten und dafür die wirkliche Gefahr in den Vordergrund gerückt, die dem amerikanischen Volk wie der Menschheit überhaupt drohe, wenn die Regierungen ihren bisherigen politischen Kurs noch lange fortsetzen sollten. Insbesondere erwecke die Bewegung gegen die Atomrüstungen und für die einseitige atomare Abrüstung der USA in weiten Schichten, nicht zum wenigsten bei der kirchlich gesinnten Bevölkerung, nach dem Zeugnis des Quäkervertreters Norman J. Whitney, «eine bisher nie gesehene Begeisterung». Und diese ganze Bewegung – das ist vielleicht am bezeichnendsten – könne sich in einer Atmosphäre entfalten, die frei sei von dem «McCarthyistischen Abfall, der in der Vergangenheit eine sachliche öffentliche Aussprache über Grundfragen unseres Zusammenlebens mit den kommunistisch regierten Mächten tatsächlich verunmöglicht hat».

Freilich, so warnt Snow, die Vertreter des Alten sind noch außerordentlich gut verschanzt. Und auf der Linken will man die Vermutung nicht aufgeben, daß der amerikanische Kapitalismus und die herrschende Klasse im Notfall wieder zu dem gleichen Mittel wie früher schon so manchesmal greifen werden, um den Niedergang ihrer Macht aufzuhalten: zu einer immer höher gesteigerten Kriegsrüstung, mit allen sich daraus ergebenden Gefahren, bis hin zur atomaren Vernichtung der Menschheit. Die Furcht vor einem Unterliegen Amerikas und des westlichen Kapitalismus überhaupt im wirtschaftlichen und sozialen Wettstreit mit dem Kommunismus steht tatsächlich, wie Snow bemerkt, ganz deutlich hinter der Rivalität zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Man fragt sich in Amerika aufs ernsteste, ob die alte, ungeplante, ungeordnete, ungelenkte, nur vom privaten Gewinnstreben angetriebene Wirtschaft noch lange der Konkurrenz der sozialisierten Wirtschaft der Sowjetunion und Chinas standhalten

könne. «Amerika» – das ist die Schlußfolgerung, zu der Edgar Snow kommt – «steht jetzt an einem Scheideweg. Es sieht sich wachsenden Schwierigkeiten sowohl in seinen innerwirtschaftlichen als in seinen außenpolitischen Fragen gegenüber. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die ‚machthabende Elite' im ganzen eine massive Vermehrung der Ausgaben für militärische und verwandte Zwecke des Kalten Krieges als Ausweg aus beiden Schwierigkeiten vorzöge. Aber der amerikanische Mann auf der Straße ist noch nicht zu einer bloßen Nummer herabgesunken. Rußland scheint in diesem Augenblick eine außerordentlich große Möglichkeit zu haben, ihm – und der ganzen Welt – eine brauchbare Lösung anzubieten. Wird sie diesmal versäumt, so wird die Gelegenheit vielleicht nie mehr unter so hoffnungsvollen Bedingungen wiederkehren.»

Vom Sowjetsozialismus Natürlich wird, im Gegensatz zu der von Snow geschilderten Stimmung, in Amerika wie auch sonst im Westen die Furcht vor einem erfolgreichen Sowjetsozialismus noch immer vielfach als unbegründet erklärt. So breitet in der Hamburger «Welt» (20. 3. 58) Heinrich Kraft ein statistisches Material aus, das beweisen soll, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sowjetunion bei uns weit überschätzt werde. Das gewaltige und die übrige Welt bedrohende Industriepotential der UdSSR sei «in Wahrheit ein selbstgehäkelter Fetisch westlicher Sensationsmystiker». Es könne heute «als feststehend gelten, daß die Industrieproduktion der UdSSR noch nicht einmal doppelt so groß wie die Industrieerzeugung der ‚kleinen' Bundesrepublik Deutschland ist». Das Planwirtschaftssystem weise eben schwerste Mängel auf; die kapitalistische Marktwirtschaft sei ihm immer noch weitaus überlegen, und die sowjetischen Vorstöße gegen dessen Grundsätze würden es wohl «verhindern, daß die Bevölkerung der Sowjetunion jemals den Standard der westlichen Welt erreichen wird».

Dazu ist aber zweierlei zu sagen. Zunächst gibt Kraft selber zu, daß die Hemmungen und Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft großenteils von ihrer dauernden Beanspruchung durch die militärischen Rüstungen herrühren, die die Erzeugung von Verbrauchsgütern durchaus in den Hintergrund gedrängt habe. «Alle Kenner der sowjetischen Probleme – unter ihnen auch Kennan – sind sich darüber einig, daß die andrängenden Fragen nicht gemeistert werden können, wenn die Sowjetunion den Mühlstein der Rüstung weiter um den Hals tragen muß. Niemand kann heute ein dringenderes Interesse an einer weltweiten Abrüstung haben als der erste Mann im Kreml.»

Sodann muß aber immer wieder vor oberflächlichem Wunschdenken in der Beurteilung der Sowjetwirtschaft gewarnt werden. Wie oft ist in den vergangenen 40 Jahren die «Unmöglichkeit» und «Unwirtschaftlichkeit» des Sowjetsystems «bewiesen» und sein «unausweich-

licher Zusammenbruch» vorausgesagt worden! Und wie sehr sind all diese «Beweise» und Prophezeiungen durch die Tatsachen Lügen gestraft worden! In den Vereinigten Staaten selbst ist man deshalb mit solchen Spekulationen vorsichtig geworden und stellt nüchtern fest, daß die sowjetische Industrieproduktion in den letzten drei Jahren fünf- oder sechsmal so rasch zugenommen hat wie diejenige Amerikas, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsstockung im Vergleich zur sowjetischen Produktion noch mehr in Rückstand geraten ist. Wie die «New York Times» vom 3. März bemerkt, dürfte beispielsweise im ersten Vierteljahr 1958 die Stahlproduktion der Sowjetindustrie bereits 70 oder 75 Prozent der amerikanischen Erzeugung erreichen. «Ähnliche Vergleiche können für die Öl- und die Kohlenproduktion angestellt werden, die beide bei uns zurückgehen. Wenn bei der Kohle die gegenwärtige Tendenz noch einige Monate anhält, so kann die sowjetische Kohlenförderung zum erstenmal diejenige der Vereinigten Staaten übertreffen.» Und in den «Detroit News» vom 23. April wird auf eine Erklärung Chruschtschews hingewiesen, der kürzlich sagte: «Wir wollen sehen, wer besser ißt und mehr Kleider hat. Wir werden die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder einholen.» Diese Erklärung, so fügt das Blatt bei, «hat im Staats- wie im Handelsdepartement offizielle Besorgnis hervorgerufen, obwohl in der Öffentlichkeit darüber nichts verlautete ... Rußland ist von der am meisten verarmten Nation der Welt zum ernsthaftesten Konkurrenten der Vereinigten Staaten in der Führung der Welt aufgestiegen. Kein kluger Amerikaner wird leichthin die wirtschaftliche Herausforderung der kontrollierten kommunistischen Produktionsmaschinerie abtun».

Alle Anzeichen sprechen tatsächlich dafür, daß die Sowjetwirtschaft ihr vorläufiges Ziel, die Lebenshaltung des Volkes mindestens auf den Stand der fortgeschrittensten Industrieländer des Westens zu bringen, erreichen wird, besonders wenn ihr «der Mühlstein der Rüstung» vom Hals genommen werden sollte. Und das ist angesichts des Standes der Lebenshaltung in Rußland bei der Geburt der Sowjetunion wahrlich eine ungeheure Leistung, eine Leistung, die nur auf der Grundlage einer sozialistisch gedachten Wirtschaftsplanung vollbracht werden konnte. Aber – und das muß gleichfalls nachdrücklich betont werden – das ist noch lange nicht der verwirklichte Sozialismus. Paul Sweezy, Mitherausgeber der sozialistischen «Monthly Review», der Ende des letzten Jahres in der Sowjetunion und in einigen anderen Ländern des kommunistischen Ostblocks weilte, spricht das (im Februarhaft 1958) sehr deutlich aus. «Das geschichtliche Ziel der sozialistischen Bewegung», so erinnert er, «war die Schaffung einer neuen Gesellschaft menschlicher Brüderlichkeit und Solidarität... Der Sozialismus, meinten wir immer, werde eine wahrhaft sittliche Gesellschaft sein, weil er eine wahrhaft menschliche Gesellschaft sein würde.»

Eine solche Gesellschaft sei aber, wie Sweezy fortfährt, bisher we-

der in der Sowjetunion noch in ihren ärmeren und kleineren Nachbarländern geschaffen worden. «Gewiß, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist weithin ausgeschaltet worden, aber neue Formen der Selbstentfremdung scheinen an die Stelle der alten getreten zu sein oder zu treten. Die Kluft zwischen Führung und Volk ist erschreckend weit und scheint sich nicht verengern zu wollen. Die jüngeren Leute sind mehr und mehr gleichgültig oder offen zynisch gegenüber dem öffentlichen Leben, außer soweit es ihnen eine verheißungsvolle Laufbahn eröffnen kann. Die normale Form menschlichen Ehrgeizes scheint das Streben nach einem guten Einkommen und nach den Dingen zu sein, die es verschaffen kann (ganz besonders ein Automobil), und die man in Ruhe genießen will. Der revolutionäre Idealismus, den so viele Angehörige der älteren Generation geteilt hatten, sagt den jungen Leuten wenig mehr . . . Das ist nicht alles schlecht, sicher nicht so schlecht, wie man es in den Vereinigten Staaten oder meistenteils auch in der übrigen Welt antrifft. Aber ich sehe darin nichts vom Wesensgehalt der guten Gesellschaft, wie die Sozialisten sie immer aufgefaßt haben. Ich fürchte im Gegenteil, die tieferen Tendenzen führen eher von den überlieferten sozialistischen Idealen weg als zu ihnen hin.»

Ist es abwegig, wenn man diese Verflachung und Verkümmerung der sozialistischen Gesinnung in der Sowjetunion (und in anderen Ländern Osteuropas) auf die ausgesprochen materialistische Diesseitigkeitsreligion zurückführt, die im kommunistischen Machtbereich gepredigt und praktiziert wird? Unsere Überzeugung ist es jedenfalls von jeher gewesen, daß die wirtschaftlichen und politischen Ordnungen, die eine sozialistische Gesellschaft kennzeichnen müssen, auf die Länge nur lebenskräftig sein können, wenn hinter ihnen ein Geist der Gerechtigkeit, ja Brüderlichkeit, der Solidarität und der Höchstwertung nichtmaterieller Güter steht, der nicht von dieser Welt ist.

Chruschtschews Dilemma Ähnliches gilt von dem Geist der Freiheit (im echten, sittlichen Sinn), ohne den eine sozialistische Gemeinschaft auf die Dauer gleichfalls nicht zu leben vermag. Der Fall liegt hier freilich insofern komplizierter, als der Mangel an persönlicher und politischer Freiheit, an dem der Sowjetkommunismus so schwer leidet, großenteils – wenn nicht größtenteils – die Schuld des antikommunistischen und antisozialistischen Auslands ist, das die Sowjetunion schon sehr früh auf die Bahn der Diktatur, ja des Terrors gezwungen hat und sie (wie ihre Gefolgsstaaten) darauf festhält. Der Zwiespalt, in dem sich die Sowjetführung schon seit Lenins Tagen befindet, der dann unter Stalin eine so grausame «Lösung» erfuhr und nach seinem Tod neu aufbrach*, er beherrscht auch in der Aera Chruschtschew die Politik des Kreml

* Vergleiche meine Weltrundschau, Beilage zum November-Dezemberheft 1956 der «Neuen Wege».

im Innern und nach außen: entweder Weiterführung der Liberalisierung mit der Gefahr, daß die Lockerung der Diktaturklammern den ganzen Sowjetblock auseinanderfallen läßt, oder aber straff zentralisiertes Regiment mit Unterdrückung aller Selbständigkeitsbewegungen und mit der Aussicht auf eine explosive Lösung der angesammelten Spannungen. Man weiß, mit welchen Hoffnungen Chruschtschew selbst und seine Gruppe die Liquidierung des Stalinismus einleiteten; nur Unwissenheit kann im Ernst bestreiten, daß auch tatsächlich ein erster Durchbruch in der Richtung auf eine freiheitlichere Gestaltung der sowjetischen Innenpolitik und auf ein neues Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Randstaaten wie zum Ausland überhaupt erfolgt ist. Aber die Ereignisse in Polen (die auf die frühere Revolte in Ostdeutschland folgten) und besonders in Ungarn haben dann der scharfmacherischen Richtung neuen Auftrieb gegeben und die Lockerungstendenzen verhängnisvoll geschwächt, so daß sich Chruschtschew und seine Kollegen in Warschau, Berlin, Budapest usw. nun in einen Kampf sowohl gegen die gut verschanzten alten Stalinisten als gegen die liberalisierenden «Revisionisten» verwickelt sehen, wobei die Stalinisten immer mehr an Boden gewinnen.

Am eindeutigsten ist das in Ungarn klar geworden, wo nicht einmal Kadar mehr zuverlässig genug scheint und durch den härteren, bedenkenloseren Münnich als Ministerpräsident ersetzt werden mußte. Äußerlich herrscht zwar im Lande wieder «Ruhe und Ordnung», aber eben nur dank einem erbarmungslosen Unterdrückungsregime, dem sich das Volk, durch den von vornherein aussichtslosen Aufstand belehrt, wohl oder übel fügt. Was jetzt ein schweizerisches «Hilfskomitee» an Berichten über die Zustände in Ungarn und besonders über einen unmenschlich grausamen Terror gegen Kinder und Jugendliche verbreitet, trägt zwar so sichtbarlich den Stempel bösgläubiger Hetze auf sich, daß es bei auch nur halbwegs kritischen Lesern nicht den gewünschten Eindruck zu machen geeignet ist. Aber es geschieht nach allem, was wir wissen, auch so noch genug Unrecht und Gewalttat in Ungarn, um die Wunden, die der Eingriff der Sowjetarmee im Herbst 1956 schlug, nicht wirklich verheilen zu lassen.

Stärkste Rückwirkung hat die Gefahr einer Auflösung des Sowjetblocks, die die russische Militäraktion in Ungarn zu bannen suchte, dann namentlich auf Polen ausgeübt. Die innere Liberalisierung, die dort im Gang war und Polen manchen ausländischen Beobachtern in wichtigen Beziehungen als «eines der freiesten Länder der Welt» erscheinen ließ, ist durch die ungarischen Ereignisse jäh unterbrochen worden. Die kommunistische Parteimaschine ist wieder (oder immer noch) fest in den Händen der «Harten», und Gomulka wird, zumal unter dem Druck der westdeutschen Aufrüstung, immer stärker an die Seite Moskau gedrängt. Der «polnische Weg zum Sozialismus» scheint vorläufig wieder aufgegeben zu sein.

Auch in Ostdeutschland fühlt sich das alte Regime wieder

fest im Sattel. Was noch an Freiheitsrechten übrig war und an Freiheitsregungen sich hervorwagte, wird rücksichtslos niedergetreten. Sein besonderes Augenmerk hat der von Ulbricht beherrschte Staats- und Parteiapparat auf die «widerborstigen» Intellektuellen und auf die christlichen Kirchen gerichtet. Die geistige Gleichschaltung wird ihnen gegenüber mit einer Folgerichtigkeit geübt oder doch versucht, die auch von den Methoden Hitlers kaum übertroffen wird. Grundlage der Erziehung, so erklärte der Volksbildungsminister Lange, sei der Marxismus-Leninismus, das heißt der dialektische Materialismus; die Schule in der DDR habe Kommunisten heranzubilden. Der Lehrer aber muß sich, wenn er als treuer Diener des «Arbeiter- und Bauernstaates» gelten will, vorbehaltlos «zur wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats bekennen». Das gilt selbstverständlich auch und sogar in besonderem Maße für die Hochschullehrer, die scharf auf ihre weltanschauliche «Zuverlässigkeit» geprüft werden; ein Professor, der am Sonntag in die Kirche gehe, könne – so sagte beispielsweise Ulbricht in einer Rede vor Intellektuellen in Halle – an einer Universität der DDR nicht Philosophie lehren.

Es ist tatsächlich so, wie Rudolf Schade in der «Stimme der Gemeinde» (15. März 1958) schreibt: In der DDR «ist der Atheismus an der gesamten inneren Front zum Angriff angetreten ... Überall da, wo im Staatsgefüge Christen aufgespürt werden, die nicht bereit sind, das unscheinbare Weihrauchkorn auf dem Altar des Atheismus zu opfern, werden sie aus ihren Ämtern entfernt und zu minderen Diensten degradiert. Das ist auch früher schon in Einzelfällen geschehen. Jetzt aber werden planmäßig ganze Berufsgruppen und Stände davon betroffen. Es ist unmöglich, daß die Kirche hierzu schweigen kann, denn dieser Angriff richtet sich gegen die Substanz des christlichen Lebens und Daseins überhaupt». (Ganz nebenbei: Auch die «Neuen Wege» werden von der Verschärfung des christentumsfeindlichen Kurses in der DDR betroffen. Von der Postversandliste sind sie ausgeschlossen, und ein Heft, das ohne Titelblatt an eine ostdeutsche Adresse geschickt werden wollte, wurde von der Zensur wegen «Hetze gegen die Sowjetunion» vernichtet, obwohl nichts darin stand, was auch bei weitester Auslegung dieses Begriffes als sowjetfeindliche Hetze bezeichnet werden könnte.)

Daß sich das Regime Ulbricht mit solchen Methoden vollends die letzten Sympathien verscherzt, die es in der DDR selbst wie im Ausland noch besitzt, liegt auf der Hand, zumal die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern nach wie vor erstaunlich schlecht ist. Aber es ist ja eine alte Erfahrung: Gewalt macht ihre Ausüber einfach dumm.

Titos Ketzereien Auf ernsthaften Widerstand innerhalb der kommunistischen Welt stößt der neugestärkte Zentralismus der Aera Chruschtschew eigentlich nur in Jugoslawien.

Das ist um so bemerkenswerter, als es ja Chruschtschew selber war, der vor drei Jahren, im Zuge seiner Lockerungspolitik, eine Wiederaussöhnung mit dem 1948 in Acht und Bann getanen Regime Tito herbeiführte. Jetzt droht die Verschärfung des Kalten Krieges und das dadurch geweckte Bedürfnis der Sowjetpolitik nach fugenloser Geschlossenheit des Ostblocks abermals ein Zerwürfnis zwischen Moskau und Belgrad heraufzubeschwören. Die kommunistische Staatspartei Jugoslawiens ist nämlich daran, sich ein neues Programm zu geben. Es liegt zwar erst im Entwurf vor, dürfte aber, nach seiner bereits erfolgten grundsätzlichen Gutheißung durch den jüngsten Parteitag, in Bälde förmlich in Kraft gesetzt werden. Die Verfasser des Programms – wir folgen hier einer Darstellung des «New Statesman» (3. Mai) – lehnen es ab, die Welt in ein kommunistisches und ein scharf davon geschiedenes nichtkommunistisches Lager einzuteilen. In den nichtkommunistischen Ländern mache sich vielmehr ein starker Zug zum Staatskapitalismus geltend, der auf verschiedenen Wegen ebenfalls zum Sozialismus führen könne. Und in beiden Lagern werde mehr und mehr der Staat zu einer unabhängigen gesellschaftlichen Kraft, die sich über die kämpfenden Klassen zu erheben trachte. In den kommunistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion, habe die Ausbildung eines zentralistischen Staates zu einer mächtigen Bürokratie und zu einer Verschmelzung mit dem Parteiapparat geführt, die die Wurzel des «Persönlichkeitskultes» (Aera Stalin) geworden sei. Das sozialistische Denken solle sich daher nicht so sehr mit der Überwindung des Kapitalismus befassen als mit Fragen der Bürokratisierung, der inneren Demokratie, der industriellen Planung, der Arbeiterräte und der politischen «Gemeinde». In dem Maß, als diese Fragen gelöst würden, könne der Staat zugunsten eines Systems von Selbstverwaltungskörperschaften, mit einem Apparat von Fachleuten an der Spitze, absterben und mit ihm auch die Kommunistische Partei verschwinden. Die Ansicht, daß die Kommunistische Partei ein Monopol für die Überführung der Gesellschaft in den Sozialismus habe, sei verhängnisvoll und habe zu ihrer sektiererischen Isolierung in vielen Ländern geführt. Erst recht natürlich dürfe die Kommunistische Partei keines Landes zu der wirtschaftlichen Ausbeutung eines anderen Landes die Hand bieten; die Beziehungen sozialistischer Länder zueinander müßten vielmehr auf Gleichheit, Nichteinmischung und zweiseitigen Vereinbarungen beruhen.

Es ist klar, daß solche Lehren in den Augen der kommunistischen Rechtgläubigkeit arge Ketzereien darstellen, und die entsprechende Antwort aus Moskau (und Peking) ist denn auch nicht ausgeblieben. Vom Standpunkt eines unabhängig-freiheitlichen Sozialismus aus wird man indessen in diesem Streit mit Vorsicht Stellung beziehen müssen. Unbedingt recht haben die Jugoslawen in ihrer Ablehnung einer monopolistischen Führerrolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – denn um diese handelt es sich natürlich. Ihr Anspruch, allein

die geschichtliche Wahrheit zu kennen und sie mit oberhirtlicher Unfehlbarkeit der zum Sozialismus drängenden Weltbewegung aufzwingen zu dürfen, ist ebenso lächerlich wie anmaßend. Es ist, wie der «New Statesman» richtig bemerkt, ein Abgleiten in üble Metaphysik, wenn man annimmt, «daß sich der Geschichtsablauf in der Arbeiterklasse verkörpert, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse in der Kommunistischen Partei verkörpern und daß die Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die endgültige Verkörperung dieses ‚Weltgeistes' sind».

Den russischen Kritikern der Jugoslawen ist aber zuzustimmen in der Feststellung, daß es einen sozialistischen (oder proletarischen) Internationalismus trotzdem gibt, der die sozialistische und Arbeiterbewegung aller Länder in ihrem großen geschichtlichen Kampf für die Begründung einer sozialistischen Weltordnung vereinigen muß. Das «Hineinwachsen in den Sozialismus» bleibt auf alle Fälle ein revolutionärer Vorgang, auch wenn er sich friedlicher Mittel bedienen kann. Es wäre darum falsch, die Augen vor dem Bestehen weltweiter kapitalistischer Mächte zu schließen, die an der gewaltsamen Niederhaltung der sozialistischen Bewegung interessiert sind und eine ungeheure Gefahr für den Frieden bilden, ohne daß man deswegen auch die kommunistisch-sowjetische Kriegs- und Friedensideologie annehmen müßte. Die Moskauer Zeitschrift «Kommunist» sieht schon richtig, wenn sie glaubt, die jugoslawische Deutung des Weltgeschehens «übersehe den Klassengehalt, den politischen Charakter des bürgerlichen Staates und lenke die Aufmerksamkeit des Proletariats von der historischen Aufgabe der revolutionären Erringung der Macht ab». Das Absterben des Staates kann in der Tat erst dem Verschwinden der Klassengegensätze und dem Aufgehen der souveränen Einzelnationen in einer umfassenden friedlichen Völkergemeinschaft folgen.

Der Ausweg Es ist vorläufig nicht abzusehen, wie ein Ausgleich zwischen Moskau und Belgrad möglich sein soll. Der Riß im Ostblock dürfte sich eher erweitern und den Westmächten neue Chancen geben. Ebensowenig ist aber auf dem Boden der kommunistischen Parteilehre ein Ausweg aus dem Dilemma möglich, vor dem die Sowjetführung mit ihrer Sorge steht, die Liberalisierung und Entspannung innerhalb des Ostlagers könne entweder zu schnell oder zu langsam kommen. Der antikommunistische Westblock wird sie sicher nicht durch Einstellung des Kalten Krieges aus ihrer Zwangslage befreien; sie muß schon selber ihre Entscheidung treffen. Daß mit der Neuverankerung der Machtstellung der Kommunistischen Partei im Gesamtleben der Sowjetunion und mit einer Zurückgewinnung des revolutionären Schwunges der Partei, wie Chruschtschew sie erstrebt, das Problem nicht zu lösen ist, leuchtet jedem tiefer Blickenden ein. Wie in der Friedensfrage, so muß die Sowjetunion eben auch in der Freiheitsfrage das Risiko eingehen, daß die einseitige, unbedingte Ent-

scheidung zugunsten des sittlich wie politisch Notwendigen ihr zunächst eine Schwächung, ja Erschütterung ihres machtmäßigen Bestandes und eine entsprechende Stärkung der gegnerischen Weltstellung einträgt. Aber sie darf dann auch wissen, daß dieses Risiko viel, viel geringer ist als die Gefahr, die von einem Gehenlassen der Dinge in der bisherigen Richtung droht, und daß sich das Opfer, das sie zunächst bringen müßte, auch «realpolitisch» auf die Länge lohnen würde.

Freilich – sind solche Entschlüsse überhaupt denkbar auf dem Hintergrund der scheinrealistischen Staatsraison und Machtpolitik, der die ganze Welt huldigt? Setzen sie nicht eine derartig radikale Abkehr von den bisherigen Wegen aller Politik voraus, daß es als weltfremde Schwärmerei erscheint, darauf zu hoffen? Sei dem aber wie ihm wolle: die Wahrheit bleibt bestehen, daß eine Rettung der Welt aus ihrem gegenwärtigen unmöglichen Zustand, aus der alles zerfressenden gesellschaftlichen Zersetzung, die uns umgibt, nicht möglich ist, ohne daß der Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, an einem entscheidenden Punkt durchbrochen und die Unterordnung von Staat und Wirtschaft unter das Sittengesetz entschlossen aufs neue eingeleitet wird. Um Fr. W. Foersters unumstößliche Feststellung (in der Neuauflage seiner «Politischen Ethik») auch hierher zu setzen: Auf dem bisherigen Wege – dem Weg des Blutes und der Gewalt – ist «nichts als ein äußerlicher Augenblickserfolg zu erzielen, und je mehr zerstörende Instinkte man herbeiruft, um jenen Augenblickserfolg herzustellen, desto mehr wird man gerade die Zustände steigern, denen man abhelfen wollte ... Ein sozial auflösendes Prinzip wird gerufen, um die soziale Auflösung zu heilen! ... Die sittliche Energie, mit der der Staat über alle zentrifugalen Kräfte siegt, kommt nur aus der sittlichen Energie, mit der das Gewissen über die egozentrischen Leidenschaften triumphiert. Anarchie in der Seele führt auch zu Anarchie im Staate. Skrupellose Machtpolitik aber kommt schon aus einer Anarchie in den Seelen und steigert rückwirkend wiederum diese Anarchie, und das Ende davon ist die staatliche Auflösung – also gerade das, was der Machiavellismus zu heilen gekommen war. Das ist die Tragikomödie der sogenannten Realpolitik».

13. Mai *Hugo Kramer*